NACHRICHTEN
Österreich

Bauern in der Krise: Proteste und Politik im Fokus der Grünen Woche!

Bauernproteste prägen die Grüne Woche 2024 in Berlin. Joachim Rukwied warnt vor Krisensituation in der Landwirtschaft.

Waiblingen, Deutschland -

Die Situation der Landwirtschaft in Deutschland bleibt angespannt und bedrückend. Vor einem Jahr protestierten Bauern mit Traktoren, und im Vorfeld der diesjährigen Messe Grüne Woche in Berlin bringen sich die Landwirte erneut politisch in Stellung. Bauernpräsident Joachim Rukwied fordert einen Neustart in der Landwirtschaftspolitik, um den anhaltend schwierigen Bedingungen zu begegnen. Er beschreibt die aktuellen Herausforderungen als „Motor stottert weiter“, insbesondere im Getreidesektor. In der Schweinehaltung sind die Preise rückläufig, während der Milchsektor als einziger

Lichtblick gilt. Eine Analyse zeigt, dass die Gewinne der Betriebe im Wirtschaftsjahr 2023/24 durchschnittlich auf 77.500 Euro gesunken sind – das ist ein Rückgang von 29 % im Vergleich zum Vorjahr.

Hohe Kosten für Energie, Pflanzenschutz und Dünger belasten viele Höfe. Positive Aspekte sind die guten Startbedingungen für Weizen, Gerste und Raps, die durch Niederschläge im Herbst und Winter begünstigt werden. Die Agrarmesse Grüne Woche, die am Freitag startet, wird von rund 1.500 Ausstellern aus fast 60 Ländern geprägt sein und setzt Schwerpunkte auf Themen wie Klima- und Umweltschutz, Biodiversität und Tierwohl. Cem Özdemir (Grüne), der Agrarminister, befindet sich auf seiner Abschiedstour, während Bauernproteste für das Jahr 2024 bereits geplant sind, vor dem Hintergrund des Endes der Steuervergünstigungen beim Agrardiesel.

Politische Debatten und Herausforderungen

Wichtige politische Debatten um die Agrarpolitik werden auch während der Internationalen Grünen Woche laut. Eine Delegation des Bundestagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft informierte sich über die Entwicklungen in der Branche. Die Messe wird, wie **bundestag.de** berichtete, von Bauernprotesten und Diskussionen über Subventionen geprägt. Schwerpunktthemen sind Nachhaltigkeit, Klimaschutz und die Preisbereitschaft der Verbraucher, während der Dialog zwischen Stadt- und Landbevölkerung betont wird. Der DBV-Präsident Joachim Rukwied äußerte erneut seine Sorgen über die Lage der Landwirtschaft und kritisierte die geplante Abschaffung der Energiesteuer-Erstattung auf Agrardiesel. Die Abgeordneten zeigten Verständnis für die Lage der Landwirte und betonten die Notwendigkeit von Verhandlungen.

Rukwied fordert nicht nur eine Rücknahme der Steuererhöhung bei Agrardiesel, sondern auch ein stärkeres Engagement der Verbraucher beim Einkaufen. Der Weg zu einem Ziel von 30 % Bio-Flächen bis 2030 bleibt herausfordernd – derzeit liegt der

Anteil bei 11,4 %. Die Bedeutung der heimischen Lebensmittelerzeugung und die Notwendigkeit einer nachhaltigeren Preisgestaltung werden weiterhin heiß diskutiert.

– Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Protest
Ort	Waiblingen, Deutschland
Quellen	• **nag-news.de** • **www.zvw.de** • **www.bundestag.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at